

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
25.06.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:02 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld
CDU

Herr Bauersfeld nahm ab 17:17 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Lothar Dieringer
parteilos

Herr Dieringer nahm von 17:10 - 18:57 Uhr
an der Sitzung teil.

Herr Andreas Scholtyssek
CDU

Herr Olaf Sieber
DIE LINKE.

Herr Sieber nahm ab 17:05 Uhr an der
Sitzung teil.

Frau Gertrud Ewert
SPD

Frau Katharina Hintz
SPD

Frau Beate Fleischer
FDP

Herr Denis Häder
MitBÜRGER für Halle

Herr Christoph Menn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Menn nahm bis 18:33 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Matthias Havranek
SKE

Herr Havranek nahm bis 19:02 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Martin Hoffmann
SKE

Herr Hoffmann nahm ab 17:18 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Carsten Hoheisel
SKE

Herr Dr. Gerhard Kotte
SKE

Frau Anja Krimmling-Schoeffler
SKE

Frau Krimmling-Schoeffler nahm bis 18:58
Uhr an der Sitzung teil.

Herr Ulrich Peinhardt
SKE

Herr Heinz-Günter Ploß
SKE

Herr Christian Weinert
SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft
parteilos

Frau Dr. Petra Sitte
DIE LINKE.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Der Antrag unter TOP 5.2. wurde seitens der Antragsteller zurückgezogen. Stattdessen wurde um die Behandlung des Antrages zur Stärkung der Wirtschaftsförderung aus der vergangenen Stadtratssitzung gebeten.

Weiterhin soll der TOP 7.1. bereits nach dem TOP 5.1. behandelt werden, da der Redner **Herr Schmidt, Vorsitzender der Citygemeinschaft**, bereits anwesend ist und nicht unnötig warten soll.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -

4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.05.2013
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480
- 5.2. Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes
Vorlage: V/2013/11536

- 5.3. Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2013/11778
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung Citygemeinschaft - Tätigkeitsbericht
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.05.2013

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 28.05.2013.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals Vorlage: V/2013/11480

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., begründete noch einmal die Intension des Antrages.

Wortmeldung von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**:
Er befürwortet den Antrag, da dieser, vor dem Hintergrund der drohenden Herabstufung und der damit verbundenen finanziellen Folgen für Land und Stadt, durchaus vernünftig ist.

Wortmeldung von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**:
Er hält die Passage „...auch ohne einen Seitenkanal...“ und „...(ohne Seitenkanal)...“ im Beschlusspunkt 1. für problematisch. Weiterhin ist zu klären, wer genau mit „...alle Saaleanlieger...“ im 1. Beschlusspunkt gemeint ist.

Anfrage von **Herrn Weinert, sachkundiger Einwohner**:
Grundsätzlich zu klären sei auch, ob es in diesem Antrag um die wirtschaftlichen Aspekte oder eher um den Tourismus geht.

Antwort von **Herrn Sieber**:

Der Antrag wurde gestellt um ein Gesamtkonzept für die Saale auf Landesebene zu finden. Dabei müssen sowohl die wirtschaftlichen als auch touristischen Aspekte berücksichtigt werden.

Die Formulierungen „...auch ohne Seitenkanal...“ können seitens des Antragstellers gern heraus genommen werden.

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, plädierte ebenfalls für die Streichung der Formulierung, während **Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, die Passage gern im Antrag belassen würde.

Hinweis von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**:

Es ist zu beachten, dass sowohl Aussagen zum Tourismus als auch zur Wirtschaft möglich sind. Diese beiden Aspekte sollte man versuchen zu trennen, das Konzept sollte dann für den Tourismus erstellt werden.

Hinweis von **Herrn Bauersfeld, CDU-Fraktion**:

Das künftige Konzept sollte grundsätzlich für beide Bereiche erstellt werden. Jedoch stellt der Tourismus nur einen Nebenaspekt dar, da hier in Bezug auf die wirtschaftliche Nutzung der Kosten-Nutzen-Vergleich für die Unterhaltung der Wehre und Schleusen zu beachten ist.

Abschließend wurde noch angeregt Punkt 5 wie folgt zu ändern: „Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sollen Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha ausgesetzt werden.“

Herr Sieber konnte einer Übernahme der gewünschten Änderungen zustimmen.

Anschließend wurde der Antrag mit dem geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

geänderter Beschlussvorschlag:

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen

Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft ~~auch ohne einen Seitenkanal~~ zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stad Halle/ Saale ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (~~ohne Saaleseitenkanal~~) ein.
2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.
4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.
5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes ~~sind~~ **sollen** Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha ~~auszusetzen~~ **ausgesetzt werden.**

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -

5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

**zu 5.2 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes
Vorlage: V/2013/11536**

Der Antrag wurde zurückgezogen, stattdessen wurde sich bei der Feststellung der Tagesordnung darauf verständigt, den Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung (Vorlage-Nr. V/2013/1178) in einer 1. Lesung zu beraten.

Die Beratung zum Antrag ist TOP 5.3. zu entnehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gewerbe-Ansiedlungskonzept zu erstellen und dem Stadtrat vor der Sommerpause 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen.

In diesem Konzept sollen, unter anderem, folgende Punkte behandelt werden:

- Welche Gewerbeflächen stehen derzeit zur Verfügung (kommunal und privat)?
- Über welche Ausstattungsmerkmale verfügen diese Gewerbeflächen (Größe, Erschließung, planungsrechtliche Einordnung, Nutzungsmöglichkeiten, etc.)?
- Mit welcher Strategie können Neuansiedlungen und Erweiterungen bestehender Betriebe erreicht werden? Wie könnte diese Strategie weiterentwickelt werden?
- Auf welchen Wegen versucht die Stadtverwaltung bislang ansiedlungswillige Unternehmen zu finden? Welche weiteren Wege kann sich die Stadtverwaltung künftig vorstellen?
- Welche Verwaltungsstruktur ist für eine qualifizierte Ansiedlungspolitik am geeignetsten (Zuständigkeiten; Hierarchien)?
- Welche Fördermittel und Beratungsmöglichkeiten stehen für Interessenten zur Verfügung?
- Mit welchen Vorzügen wirbt die Stadt für eine Ansiedlung (Alleinstellungsmerkmale)?
- Wie würde sich eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf Ansiedlungen auswirken? Gibt es Beispiele, wo dadurch die Ansiedlungsquote gesteigert werden konnte?
- etc.

Dieses Konzept soll sich an eine breite Unternehmerschaft richten. Dabei sind die Vorzüge der vorhandenen Angebote (z.B. Weinberg-Campus, Universität) herauszustellen. Eine Fokussierung auf einzelne Unternehmens- und Berufszweige soll aber nicht Sinn und Zweck dieses Papiers sein.

Ferner ist parallel zu diesem Konzept eine Zielplanung zu erarbeiten. Darin ist der Status Quo der Gewerbeansiedlung zu erfassen sowie detaillierte Ziele (Anzahl der Ansiedlungen; Entwicklung der Gewerbeeinnahmen; etc.) in 5-Jahresscheiben zu formulieren.

Im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung und Beschäftigung ist jedes Jahr im 2. Quartal Bericht zu erstatten, welche Veränderungen sich im Vorjahr ergeben haben und in welchem Maß die Zielplanung erfüllt wurde.

Abstimmungsergebnis:

-zurückgezogen -

**zu 5.3 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2013/11778**

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, begründete den gestellten Antrag:

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass das Budget der Wirtschaftsförderung nicht noch weiteren Reduzierungen zum Opfer fällt und mindestens auf dem Planansatz des Jahres 2013 festgeschrieben wird.

Dies soll der Wirtschaftsförderung Planungssicherheit gewähren.

Hinsichtlich der Wiederbesetzung vakanter Stellen soll mit diesem Antrag erreicht werden, dass die Stellen zeitnah und vor allem mit entsprechend qualifiziertem Personal besetzt werden. So soll vermieden werden, dass nicht entsprechend qualifizierte Mitarbeiter aus der Verwaltung heraus Stellen bei der Wirtschaftsförderung besetzen.

In Bezug auf die Analyse hinsichtlich der bisherigen Strategie zu Ansiedlungen und Bestandspflege ist anzumerken, dass man vor allem auch prüfen soll, welche Maßnahmen anderer Städte sich diesbezüglich bewährt haben. Die Evaluierung selbst soll ohne großen finanziellen Aufwand vorgenommen werden, so könnte dies, wenn sich die Personalstärke der Wirtschaftsförderung erholt hat, durch diese selbst vorgenommen werden.

Der gesetzte Termin Oktober 2013 ist nicht zwingend zu halten.

Wortmeldung von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**:

Es bestehen seinerseits große Sympathien zu diesem Antrag. Im Anschluss daran ging er kurz auf die einzelnen Beschlusspunkte und deren haushaltsrechtliche Umsetzbarkeit ein. Insbesondere der Punkt 2 sei als kritisch zu betrachten.

Anfrage von **Frau Ewert, SPD-Fraktion**:

Wird die Strategie hinsichtlich Ansiedlungen und Bestandspflege nicht ohnehin permanent überprüft und angepasst?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Ja, aber es muss eine konkrete Darstellung erfolgen, um vor dem Hintergrund der Bildung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Leipzig und Umland die Einbringung der Stadt Halle (Saale) zu überprüfen.

Wortmeldung von Herrn Dr. Franke, Leiter Wirtschaftsförderung:

Hinsichtlich der Beschlusspunkte 1 – 4 äußerte er sich nicht, da sein Fachbereich davon betroffen ist. Hinsichtlich des Beschlusspunktes 5 äußerte er jedoch Zweifel, da die Akquisitionsziele ohnehin jährlich angepasst werden, eine Eigenbegutachtung ist problematisch, die Untersuchung sollte daher von einem externen Unternehmen durchgeführt werden.

Er verwies jedoch auf eine aktuell laufende Umfrage des Finanzministeriums. Die dortigen Ergebnisse könnten evtl. in einer nicht öffentlichen Sitzung vorgestellt werden, wenn diese vorliegen.

Weiterhin bat er von konzeptionellen Arbeiten für den Fachbereich abzusehen, da die Personalsituation dies nicht zulässt. In der kommenden Sitzung wird er mitteilen können, ob das Land bereit wäre, die Ergebnisse der Umfrage vorzustellen.

Wortmeldung von Herrn Neumann:

Er hat für sich mitgenommen, dass hier seitens des Antragstellers auch keine externe Begutachtung gemeint ist, sondern man sich vielmehr die Ergebnisse der Wirtschaftsförderung anschauen möchte.

Wortmeldung von Herrn Bauersfeld, CDU-Fraktion:

Es soll hier nicht um die Bewertung der Arbeit der Wirtschaftsförderung gehen, sondern vielmehr die Frage, wie diese noch effektiver gestaltet werden kann. Es soll dabei keine weitere „Entkernung“ der Wirtschaftsförderung erfolgen.

Hinweise von Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE. zu den einzelnen Beschlusspunkten:

- Punkt 1: Der Beschlusspunkt bewirkt nicht das gewünschte Ergebnis, da dieser wegen der Ausführung des Haushaltes nicht umsetzbar ist.
- Punkt 3: Hierbei handelt es sich bereits um Verwaltungshandeln, daher ist eine Beauftragung der Verwaltung nicht erforderlich.
- Punkt 4: Dies ist ein unrealistischer Vorschlag. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation wäre es sinnvoller den Bestand der Stellen bei der Wirtschaftsförderung zu halten und mit diesem Bestand eine höhere Qualität zu erreichen.
- Punkt 5: Hierbei handelt es sich ebenfalls schon um Verwaltungshandeln.

Der Gesamtantrag ist insgesamt nicht sinnvoll zu beschließen, weiterhin ist die Begründung nicht gut, da man sich hinsichtlich der Gewerbesteuererinnahmen an anderen nicht unbedingt vergleichbaren Städten orientiert.

Hinweis von Herrn Scholtyssek:

Beschlusspunkt 1 ist ohne Punkt 2 sicherlich wirkungslos. Hinsichtlich der Punkte 3 – 4 kann festgestellt werden, dass immer noch der Stadtrat über den Stellenplan entscheidet.

Wortmeldung von Frau Ewert:

Hinsichtlich der Punkte 1 – 4 sollte eine Beratung im Zuge der Haushaltsberatungen erfolgen, da der Beschluss weitreichende Folgen hat.

In Bezug auf Punkt 5 solle die Verwaltung etwas Entsprechendes vorlegen.

Es wurde ein Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung des Antrages anstelle der bloßen 1. Lesung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich abgelehnt -

3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Damit wurde der Antrag in einer 1. Lesung beraten. Eine 2. Lesung erfolgt in der kommenden Sitzung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das Sachmittelbudget für Zwecke der Wirtschaftsförderung ist in Höhe des Haushaltsplanansatzes 2013 für die Jahre 2014 bis 2016 bei der Haushaltsaufstellung festzuschreiben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zu schaffen, womit der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang von Beginn des jeweiligen Planjahres an ermöglicht wird.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die zügige und anforderungsgerechte Wiederbesetzung vakanter Stellen sicherzustellen (auch durch externe Ausschreibung) und eine angemessene Stellenbewertung vorzunehmen, die einer Fluktuation in andere Verwaltungsbereiche begegnet.
4. Zur Stärkung der Akquisitionstätigkeit soll im Stellenplan des Haushaltes 2014 eine Mitarbeiterstelle im Bereich Ansiedlungsverfahren neu geschaffen werden. Darüber hinaus soll eine Teamleiterstelle im Bereich Bestandspflege und –sicherung neu geschaffen werden, da derzeit nur ein Restteam IT und Kreativwirtschaft (bei einer Vakanz) und ohne Leiter existiert (resultiert aus Neugründung Fachbereich Wissenschaft).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Oktober 2013 eine Evaluierung der bisherigen Strategie zu Ansiedlungen und Bestandspflege vorzulegen. Hierin sollen insbesondere Vorschläge zur Effektivitätssteigerung der Arbeit der Wirtschaftsförderung getroffen werden. Dieses soll auch Aussagen zur möglichen Einbindung von Projektentwicklern enthalten sowie einen anhand vergleichbarer Städte orientierten Vorschlag zur Höhe des Budgets der Wirtschaftsförderung enthalten.

Abstimmungsergebnis:

- beraten -

Der Tagesordnungspunkt wurde beraten, dies wird als 1. Lesung angesehen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung Citygemeinschaft - Tätigkeitsbericht

Herr Schmidt, Vorsitzender der City-Gemeinschaft Halle e. V. präsentierte die Arbeit der City-Gemeinschaft.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.09.13

Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft
und Wissenschaft

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin